

FDP HALLE/SAALE Kritisieren GEPLANTE „BÜRGERTICKET“ SCHARF

erschienen am 12. November 2014

[Halle](#), [Kreisverband](#), [MDV](#),
[Ticket](#) [Zwang](#)

ÖPNV-Umlage kommt neuer GEZ gleich: „unfair und unsozial“ / FDP fordert Bürgerentscheid

Halle/Saale. Mit scharfer Kritik haben die Mitglieder der Handelstadt auf Vorschläge seitens des Verkehrsverbundes (MDV) reagiert, zur zukünftigen Finanzierung der öffentlichen Verkehrsmittel in Halle verpflichtendes „Bürgerticket“ einführen zu wollen. Die Änderungen hatte der Geschäftsführer des MDV, Steffen Böhme, in der Mitteldeutschen Zeitung geäußert, um eine bis zu 20 Millionen Euro Finanzierungslücke bei Betriebskosten und Investitionen insgesamt 180 Millionen Euro zu schließen. Die FDP und ihre Kreisverbände sehen darin nichts anderes als ein Zwangsticket für alle,

Der JuLis-Präsidentin GE erklärte: „Es ist schlimm genug, dass bereits alle Studentinnen und Studenten gezwungen werden, ein Bahnticket zu kaufen, um immatrikuliert zu werden, unabhängig davon, ob sie es brauchen oder nicht. Wenn das jetzt noch weiter ausgeweitet werden soll, kommt dies einer neuen GEZ für die Studierenden gleich. Etwas lehnen wir ab. Das ist ungerecht und unsozial gegenüber denjenigen, die Fahrrad, Auto oder ihre Füße nutzen und ihre Kosten auf die Allgemeinheit abwälzen können.“

Ähnlich sieht das auch die FDP. Die stellvertretende Landesvorsitzende Katja RAAB: „Wenn die Herrschaften vom MDV diese Möglichkeit als ‚Bürgerticket‘ bezeichnen, um den Charakter dessen, was wir als ‚Bürgerbus‘ ableiern, dann fordern wir, dass eben diese Bürger auch ein Mitspracherecht bei sich der Vorschlag konkretisieren, wird die FDP einen entsprechenden Antrag im Bundestag anstoßen.“

Kontakt

FDP Halle

Große Ulrichstraße 44

06108 Halle

www.fdp-halle.de